

PRESSEMITTEILUNG**3. Regionaler Stahlgipfel Saar:
Verband der Saalhütten fordert Erhalt der regionalen Wertschöpfung**

Saarbrücken, 8. Juli 2021

Die saarländische Stahlindustrie wird sich mit ganzer Kraft einsetzen, bis 2045 klimaneutralen Stahl herzustellen. Dafür benötigt sie aber politische Unterstützung. Die Herstellung von grünem Stahl ist mit Investitionen in Milliardenhöhe verbunden, mit denen kurzfristig begonnen werden muss. Bisher fehlen konkrete Förderprogramme. „Es fehlen weiterhin Fördergelder und verlässliche politische Rahmenbedingungen“, sagt Antje Otto, Geschäftsführerin des Verbandes der Saalhütten, anlässlich des heutigen 3. Regionalen Stahlgipfels Saar. Außerdem ist eine klimaneutrale Stahlherstellung mit höheren Kosten verbunden, die am Markt nicht erwirtschaftet werden können. „Deshalb sind unter anderem kurzfristig Anreize für grüne Leitmärkte nötig und eine einheitliche Definition von grünem Stahl, die auch technisch umzusetzen ist“, ergänzt Otto.

Die Stahlindustrie ist bereits vor 2030 in der Lage, zum Beispiel durch den Ausbau der Produktion von Elektrostahl oder den Einsatz von Wasserstoff, CO₂-Emissionen deutlich weiter zu reduzieren und damit zur Erfüllung des Klimaziels 2030 beizutragen. „Hierfür muss jedoch eine kontinuierliche und sichere Versorgung mit Wasserstoff, aber auch mit erneuerbarem Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen, sichergestellt werden“, fordert Otto.

Die saarländische Stahlindustrie braucht faire internationale Wettbewerbsbedingungen für die gesamte Dauer des Transformationsprozesses. „Es wird Aufgabe der nächsten Bundesregierung sein, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die so verlässlich sind wie die Förderung der erneuerbaren Energien“, sagt Otto. Seit Inkrafttreten des EEG im Jahr 2000 haben die Anlagenbetreiber fast 300 Mrd. Euro ausbezahlt bekommen. Die Transformation einer ganzen Volkswirtschaft wird über Jahrzehnte Milliardenbeträge kosten. Aber anders werden die Unternehmen den Transformationsprozess hin zur Klimaneutralität nicht überleben.

Gegenwärtig soll bei den geplanten Klimaschutzverträgen der Einsatz von Wasserstoff im Hochofen nicht gefördert werden. Auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität ist der Einsatz von Wasserstoff im Hochofen für die Saalhütten allerdings ein wichtiger und zeitnah realisierbarer Zwischenschritt, mit dem bereits bis 2030 erhebliche Mengen an CO₂ eingespart werden könnten. Das entsprechende Projekt „H2SYNGas“ ist Teil des grenzüberschreitenden IPCEI-Projektes. Fehlt aber die Stahlindustrie als Schlüsselabnehmer, werden der Aufbau einer grenzüberschreitenden Wasserstoffwirtschaft in der Großregion und damit der perspektivische Anschluss an den European Hydrogen Backbone unwahrscheinlich. Daher ist es für den Industriestandort Saarland von elementarer Bedeutung, dass die geplanten Klimaschutzverträge technologieoffen ausgestaltet werden.

„Wir bedanken uns bei saarländischen Landesregierung für ihr Engagement und ihren stetigen Einsatz für die Stahlindustrie an der Saar“, sagt Antje Otto abschließend.

Kontakt:

Antje Otto
Geschäftsführerin
Verband der Saalhütten
Tel.: 0681 95434-42
E-Mail: otto@vds-stahl.de

Simone Lony
Referentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik
Verband der Saalhütten
Tel.: 0681 95434-47
E-Mail: lony@vds-stahl.de